

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,40 Goldmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 20. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einpolige Anzeigenzeile 6,70 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags...

Die Wahlgelder der Industrie. Mindestens 2 Mark pro Kopf der beschäftigten Arbeiter.

Die Unternehmer haben kein Geld, um die Arbeiterlöhne zu verbessern. Aber um die Lage der Arbeiter zu verschlechtern...

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember d. J. werden für die künftige Wirtschaftsentwicklung von ganz besonderer Bedeutung sein.

zu entrichten, wobei ich bemerken darf, daß einzelne Firmen in Anerkennung der besonderen Bedeutung der diesmaligen Wahlen...

zwecks bereits Beträge an andere Stellen abgeführt haben, steht der Anrechnung dieser Beträge nichts im Wege...

Wenn die Herren Unternehmer 2 bis 4 M. pro Kopf der beschäftigten Arbeiter übrig haben, so können und sollten sie diesen Betrag den Arbeitern selbst zukommen lassen...

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn der einzelne Unternehmer aus seinem Vermögen oder seinen Einkünften derjenigen Partei Zuwendungen macht...

Der Rufus des Herrn v. Borlig verrät in seinem Wortlaut nichts von den sozialpolitischen Zielen des Unternehmers...

Ihr Bußtag.

Bußtagsgedanken der Unbusfertigen.

Die Presse der Bürgerblutsfreunde nimmt den Landes-Buß- und Betttag zum Anlaß, ihren Lesern einen moralisch-erzählenden Spiegel vorzuhalten.

Aber von alledem findet man nichts in den Bußtagsgedanken dieser Presse. Ihre Haltung erinnert an die Gestalt des Pharisäers in der Bibel...

Die 'Stegenerationen' sollten vor allem erst in sich gehen und sich darüber klar werden, was sie dem deutschen Volk an Schmach und Schande an himmelschreiendem Unrecht...

Derartige Deklamationen machen sich besonders schön in einer Presse, der vor dem Kriege keine Heeresvorlage groß genug war...

Wir brauchen nicht weit zu gehen, um die Antwort zu erhalten. Dieselbe Presse, die sich über den Militarismus der andern Mächte erregt...

Oder sollte es ein Zeichen der Selbstbefähigung sein, wenn der 'Lokal-Anzeiger' nach Charakteren rüft...

Ein Charakter ist doch etwas in sich Geschlossenes, Festes, Klares, frei von Menschenfurcht und Feigheit...

Besser könnte man nicht die deutschnationalen Charakteren, die am 20. August aus Furcht und Feigheit ihre Ueberzeugung preisgaben...

Giolitti als Nachfolger Mussolinis?

Vom König um Liquidierung des Faschismus ersucht?

Rom, 18. November. (TZ.) Nach Gerüchten, die in den Wandelgängen der Kammer umlaufen, soll an Giolitti von höchster Stelle die Aufforderung gerichtet worden sein...

Rom, 18. November. (WZB.) In der heutigen Wiedereröffnung des Senats hielt Senatspräsident Tittoni eine Rede...

Rom, 18. November. (WZB.) Die Oppositionspresse aller Schattierungen verbreitet das wenig glaubhafte Gerücht...

Rom, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Zwei weitere faschistische Abgeordnete sind aus der faschistischen Partei ausgetreten.

Vor einer Reform des Besatzungssystems.

Personalabbau und Beschränkung der Militärgewalt.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem 'Oeuvre' soll in der kommenden Woche am Quai d'Orsay eine Konferenz stattfinden...

Antibritisches Attentat in Kairo.

Der Armeekommandant schwer verletzt, die Täter flüchtig.

Kairo, 19. November. (WZB.) Gegen den Sirdar der ägyptischen Armee, General Sir Lee Staff, wurden heute, als er das Kriegsministerium verließ...

Der Adjutant Hauptmann Campbell wurde in die Brust und sein Oberarm in Arm und Bein getroffen. Der Polizist, der die Attentäter verfolgte...

Vor dem Ende der Militärkontrolle?

Paris, 19. November. (WZB.) 'New York Herald' meldet, daß die Untersuchung der internationalen Militärkommission in Deutschland nahezu beendet sei...

Über von all dem ist in den Bußtagsgedanken des „Lokalzeiger“ nichts zu finden. Die Epistel richtet sich gegen diejenigen, die durch eheliche Erfüllung und Friedenspolitik ihrem Lande und der Welt die Katastrophe eines neuen Krieges ersparen wollen! Bußtagsgedanken eines Unbußfertigen.

Bußtagsgedanken eines Unbußfertigen auch in der „Deutschen Tageszeitung“, in der es unter dem Leitpruch „Aendert Euren Sinn!“ heißt:

„Wohl wollen und mühen wir ein einzig Volk von Brüdern sein, in feiner Rot uns trennen und Gefahr, aber wir erleben es in diesen Wochen besonders schmerzhaft, wie der Parteihaß bei der Vorbereitung auf die großen Volkswahlen uns auseinanderreiht und nur die tiefe Klust offenbart, die Volksgenossen unüberbrückbar trennt.“

Sehr schön gesagt von einem Blatt, das im weiten Umkreis die gemeinste und gehässigste Feder führt! Sehr schön gesagt von dem offiziellen Organ einer Partei, die es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, die stärkste Partei im Reich, die Sozialdemokratie, aus der Volksgemeinschaft auszustoßen und damit den größten Teil des Volkes zu entrechten! Die Deutschnationalen Partei ist es gewesen, die das Volk in schwarzweißrote und „schwarzrotgelbe“ gespalten hat, die Deutschnationalen Partei ist doch jeder Partei nachgelassen, die den Bürgerkrieg vorbereitete. Sie hätte allen Anlaß, Einsicht zu halten. Aber auch die Betrachtungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind nichts als heuchlerische Phrasen. Wie die Partei der Unbußfertigen aus der Charakterschwäche der anderen ein politisches Geschäft zu machen versucht, so mißbraucht sie auch die religiösen Gefühle zu einer Wahlmacht, die so erbärmlich ist, wie sie selbst, und morgen wird die Schutz- und Lügenhege gegen den Reichspräsidenten, die Beamten der Republik und die Unterministerarbeit gegen den Staat fortgesetzt werden, die durch die Bußtagshuchelei eine kurze Unterbrechung erfahren.

Das „Tut Buß!“ der deutschnationalen Presse vom 19. November war an die „anderen“ gerichtet. Die Deutschnationalen Partei wird ihren Bußtag am 7. Dezember erleben. Jedem das Seine!

Unnötig!

Deutschnationalen Wahlparolen.

Herr Hergt, der sich aus der deutschnationalen Führertruppe nach dem Westen geflüchtet hat, ist auf seiner Wahlreise in Duisburg und Düsseldorf gelandet. In Duisburg prägte er den Satz:

„Der jetzige Wahlkampf ist unnötig. Er dient nur dazu, den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern.“

Herr Hergt sagt es. Die Wähler werden dafür sorgen, daß Herrn Hergts Prophezeiung ausnahmsweise einmal eintrifft. Auch insofern ist der Wahlkampf sehr nötig.

In Düsseldorf, dem Wahlkreis des Reichstanzlers Ratz, fragte Herr Hergt:

„Warum, Herr Reichstanzler, können Sie nicht das Selbstvertrauen gewinnen, sich von den Demokraten zu lösen, deren gesamte politische und kulturelle Einstellung im höchsten Gegensatz steht zu den nationalen und christlichen Kräften, die allein eine arbeitstüchtige Sinnungsgemeinschaft zusammenschließen können?“

Die „Germania“ hat die Antwort im Voraus gegeben. Das Zentrum dankt für eine Sinnungsgemeinschaft, wie die Deutschnationalen sie aufstellen, und die Ansichten über „nationale und christliche Kräfte“ in der Politik dürfen in so ziemlich allen Punkten auseinandergehen. Im übrigen bleibt es bemerkenswert, daß ein Mann wie Hergt es unternimmt, anderen ein Privatissimum über Selbstvertrauen zu halten.

Politische Nacktänze.

Eine volksparteiliche Abrechnung mit Herrn v. Kemnitz.

Herr v. Kemnitz, der kaiserliche Exdiplomate, der von der Volkspartei zu den Deutschnationalen hinübergewechselt ist, befreit seine Wahltagation im Kreise Frankfurt a. d. O. mit der Behauptung, unter dem Regime des volksparteilichen Ministers Dr. Boelch seien in den Schulen Nacktänze in erheblichem Umfange eingeführt worden. Ein volksparteilicher Gegenkandidat, Herr Dr. Falz, ist über diese Behauptung stark aufgeregt, sogleich nach Berlin zu Herrn Dr. Boelch gefahren und hat von ihm die beruhigende Erklärung erhalten, daß nur der einzige Fall Koch vorgekommen sei, der ein sofortiges Einschreiten des Ministers zur Folge gehabt hätte. Herr Falz veröffentlicht diesen Tatbestand in einem offenen Brief an Herrn v. Kemnitz, den die „Zeit“ abdruckt. Er schließt mit folgenden Sätzen:

Ich darf mir erlauben, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß in dem vorliegenden Fall nicht nur eine von Ihnen vielleicht geglaubte Tatsache behauptet worden ist, sondern daß Sie, wenn dies der Fall gewesen wäre, die Pflicht gehabt hätten, nach meinem mehrmaligen Einspruch die angeblichen Tatsachen nochmals nachzuprüfen. Sie haben das nicht getan, sondern halten es für richtig, schwere Verleumdungen weiter zu verbreiten. Herr Minister Dr. Boelch ist, wie Sie, Herr v. Kemnitz, wissen müßten, in der Lage, Sie auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik zur Verantwortung zu ziehen. Ich nehme an, daß das der Herr Minister auch tun wird. Daß Sie, Herr v. Kemnitz, nicht die freundschaftlichsten Gefühle für Herrn Minister Dr. Boelch hegen, ist im übrigen verständlich, da Sie vor nicht so langer Zeit bei einem Besuch im Außenministerium von Herrn Minister Dr. Boelch durch eine unmißverständliche Besetzung dahin befehrt worden sind, daß die Unterredung mit ihm zu Ende sei und daß Sie nur noch die Möglichkeit hätten, das Außenministerium auf dem schnellsten Wege zu verlassen.

Ueber Herrn v. Kemnitz hat vor ein paar Monaten Fischer in der „Weltbühne“ merkwürdige Dinge erzählt. Im Jahre 1905 plante Fürst Hohenlohe die Errichtung einer großen Badeanstalt nebst Spielhölle auf Madeira. Die portugiesische Regierung erhob jedoch gegen die Errichtung der Spielbank Einspruch. Die deutsche Regierung verlangte von der portugiesischen die Zurücknahme dieses Einspruchs und beauftragte ihren Geschäftsträger in Lissabon, eben Herr von Kemnitz, der portugiesischen Regierung diesen Wunsch vorzutragen. Und Herr v. Kemnitz ging hin — und stellte ein Ultimatum!

Daß in den Vergnügungsetablissemments von Madeira auch Nacktänze aufgeführt werden sollten, stand zwar nicht im Programm, gehört aber, wo Spielhöllen eingerichtet werden, zum Ueblichen. Jedenfalls hat sich Herr v. Kemnitz allezeit als ein starker Hüter der Moral betätigt. Jetzt bemüht er sich sie in der Republik zu stärken, damals hat er aus dem Kaiserreich die Amoral zu exportieren versucht. Daß ein solcher Mann aus einem preussischen Ministerium, zumal einem volksparteilich vermaltem, kurzerhand hinausgeschmissen wird, zeigt, wie wenig wahre Verdienste in dieser verderbten Zeit geehrt werden.

Ludendorff und Hitler verkracht!

Ludendorff unter falscher Flagge. — Hitler für Effer.

München, 18. November. (Eigener Drohbericht.) Der „Bayerische Kurier“ setzt am Mittwoch die Enthüllungen „Von einem Wissenden“ aus der völkischen Bewegung fort. Hier wird zum erstenmal die Rolle beleuchtet, die der Hochverräter Pöchner nach dem Hitler-Prozess in der völkischen Bewegung gespielt hat. Nachdem der von Hitler mit seiner Vertretung beauftragte Rosenberger sich als unwirksam erwiesen hatte, die Bewegung in Ordnung zu bringen, wurde Pöchner als angeblich völlig neutrale Person mit der Führung der Partei in Bayern beauftragt. Das lag aber

nicht im Sinne Ludendorffs und seiner engeren Freunde. Nachdem Pöchner im Jahre 1923 durch seine Arbeiten mit dem am 9. November gefallenen Oberlandesgerichtsrat von der Biorcken (Grundlinien der Verfassung des kommenden nationalsozialistischen Staates) hervorragendes geleistet hatte, vermochte er es nicht, den Biermann in der völkischen Bewegung in Bayern zu beseligen und das Durcheinander in ein Geleis zu bringen. Als Ludendorff dann Straffer an Stelle Hillers in die Reichsführerschaft berief und sich dadurch in bewährten Gegensatz zu Hiller stellte, zog dieser alle Vollmachten zurück und lehnte im Prinzip alle Verantwortung ab. Es kam sehr bald zu Zusammenstößen zwischen Ludendorff und Pöchner, da man wiederholt aus den der Reichsführerschaft nahe stehenden Kreisen Pöchner den Vorwurf machte, daß er zu wenig aktiv sei, daß er nichts für die Organisation tue und die notwendige Säuberung nicht durchzuführen in der Lage sei. Pöchner richtete deswegen einen Brief an die Reichsführerschaft, in welchem er sich entschieden gegen diese Vorwürfe wehrte und ausführte, er müsse es ablehnen, sich terroristischen oder Borschriften machen zu lassen, selbst dann, wenn der Versuch hierzu von Ludendorff ausgehen sollte. Die Gegenfäße Pöchner—Ludendorff und der mangelnde Einfluß Pöchners bewirkten dann schließlich, daß Pöchner jede Mitarbeit in der Bewegung ablehnte.

Weiterhin wird aus den Protokollen der Beratungen, die mit Hiller in Landsberg gepflogen wurden, festgestellt, daß Hiller noch niemals die Reichsführerschaft Ludendorff—Grafse-Straffer für sich als bindend anerkannt habe, daß er vielmehr die erste Gelegenheit, die sich ihm bot, benutzte, um die Verhandlungen mit Ludendorff und Straffer abzubrechen. Diese Gelegenheit bot ihm die Aufziehung der Großdeutschen Volksgemeinschaft durch Effer und Ströcher, wo die Reichsführerschaft von Hiller verlangte, er solle durch ein Nachwort die Tätigkeit Effers unterbinden. Das lehnte Hiller entschieden ab und machte dabei aus der Abneigung gegen Ludendorff kein Hehl.

„Schwindel! Bayerische Klassenjustiz!“

Völkisches Heldenkonzert im bayerischen Landtag.

München, 19. November. (Eigener Drohbericht.) Anlässlich der Etatberatung des Ministeriums des Inneren im Bayerischen Landtag kam es während der Rede des völkischen Abgeordneten Buttman zu einem zu multuarischen Skandal, wo ihm das bayerische Parlament noch kaum erlebt hat. Bei den Worten: „Wir völkischen halten es für eine Ungeheuerlichkeit, daß Hitler und seine Getreuen noch im Gefängnis sitzen!“ erhob sich der Reichsführer Straffer und rief unter fortgesetzten Gestikulativen gegen die Bänke der Regierung und der Bayerischen Volkspartei: „Schwindel Bayerische Klassenjustiz! Auerhörte Hundsgemeine Schweinebande! Eine Saubande regiert in Bayern!“ u. s. w. — Auf den Bänken der Bayerischen Volkspartei erhob sich sofort ein ungeheurer Lärm. Einzelne Abgeordnete drangen mit erhobenen Fäusten gegen die Völkischen vor. Als die Völkischen oder ihre Schimpfkanonade fortsetzten, entstand ein allgemeines Schreien und Toben, das der Präsident vergeblich mit seiner Glocke zu besänftigen versuchte. Er sah sich schließlich veranlaßt, seinen Platz zu räumen und die Sitzung auf zehn Minuten zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Präsident unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses, daß sich eine solche Situation im Bayerischen Landtag noch kaum ereignet habe und daß er die beleidigende und ungesogene Art des Abgeordneten Straffer nur mit dem Artikel 31 der Geschäftsordnung ahnden könne, d. h. mit dem Ausschluß des Abgeordneten von der Sitzung. „Straffer fügte sich mit den Worten „Ich verlasse gern die Sitzung. Den Schrei nach Gerechtigkeit werden Sie mit derartigen Mitteln nicht ersticken können!“ Beim Hinausgehen aus dem Saal wurde er von seinen Freunden mit Heil- und von den übrigen Parteien mit Heulrufen begleitet.

Es war deutlich zu erkennen, daß der Skandal von völkischer Seite bewußt und verbrodet herbeigeführt worden ist, da sich der Abgeordnete Straffer kurz vor den Ausführungen seines Parteifreundes Buttman in Position gesetzt hatte, um sofort beim Stich-

Musikalische Frauenbewegung.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es ist auffallend, wie stark sich das weibliche Element unter den reproduzierenden Künstlern bemerkbar macht. Daß Frauen gelingen oder klavierspielen, ist immer schon nichts Seltenes gewesen; wenn sie komponierten, so zeigte sich immer bisher eine so starke Abhängigkeit von männlicher Denkart und Gefühlswelt, daß man von einer spezifischen Kunst der Frauen überhaupt noch nicht reden kann. Ganz merkwürdig aber wirkt die dirigierende Frau. Auch hier erwartet man, daß eine spezifische Rolle zur Geltung kommt. Es wäre denkbar, daß die Orgel eines Orchesterwerks unter garthen Händen ganz anders klinge als unter dem Besche eines Mannes. Es ließe sich auch denken, daß Orchestermeister vom Blick einer schönen Frau verwirrt würden oder daß sie, in dem unaussprechlichen Herrrengeläch des Mannes, die Befolgung der Frau verlagten. Daß es die Frau, auch die musikalisch begabteste, so selten drängt, ein Orchester zu leiten, liegt sicher an all diesen durch das Geschlecht bestimmten Hemmungen. Die Orchesterleiterin Ethel Reginka beweist nun noch ein letztes, und auch dies in höchst bemerkenswertem Sinne, daß nämlich eine schöne Frau in ihren Dirigentebewegungen höflich wird, wenn sie die gleichen Bewegungen macht wie ein männlicher Dirigent. Die Kraftausdrücke eines schwachen Armes, das Drohen einer kleinen Faust sieht grotesk aus; auch der dauernd flatternde Haarbusch, ohne daß irgendwie einmal das Profil des leidenschaftlichen Menschen gesehen würde, trägt nicht zur Erhöhung des ästhetischen Genusses bei. Ethel Reginka ist sicher ein Musiker durch und durch. Sie versucht, und oft mit Glück, leidenschaftlichen Ausdruck und Gesang aus dem Orchesterklang herauszubringen. Sobald es sich um Forderungen der Gestaltung und des Baues handelt, verlagert sie, weil ihr Blick auf augenblickliche Details gerichtet ist und weil ihrer plötzlich automatisch werdenden Besse die Rücksichtlichkeit des Willens mangelt. In der Oberon-Ouvertüre und im Allegro der 7. Sinfonie von Beethoven war sie besonders heimlich, und man fühlte sich dabei wohl. Ganz stark, ernst und in stiller Ruhe spielte sie dann das Klavierkonzert F-Moll von Bach, wobei sie nach berühmtem Muster vom Flügel aus das Orchester dirigierte. Alles in allem: ein sehr musikalisches Menschenkind, das den Widerstand der Frauen und Männer gegen das weibliche Kulturrisikofantum nicht schmäht. In der schönsten Form der Frauenbewegung gehört das Dirigieren nicht.

Wenn auf diesem Spezialgebiet der Musikbetätigung die Frau nicht mit dem Mann in Konkurrenz treten kann, so ist es mit dem Gesang anders. Hier lebt das Weib ein gutes Teil seiner eigenen Natur im ersten Inbude oder in der gefühlbetonten Art vollendet aus, während nach Inhalt und nach Ausdrucksgefühl das Bodiumingen dem Mann viel weniger zutrifft als der dramatische Vortrag

im Theater. Wenn Maria Zoogün eine Händelsche und eine Mozartsche Arie singt, so fühlt man diese Auserwähltheit besonders stark. Nun ist diese Künstlerin allerdings unter den Auserwählten eine Auserwählte. Es gehört ein großes Maß von künstlerischer Beherrschung dazu, so delikat, so transparent, so mit Ausschluß starker und bequemer Theaterwirkung im Still aller Meister zu bleiben. Leichtes Distozieren, das im Zusammenklang mit einer zu starken Flöte und einer zu tonreichen Sologeige ausfiel, konnte den Eindruck einer vollendeten menschlichen und künstlerischen Hingabe an jarte musikalische Ausdrucksweise nicht wesentlich abschwächen. Wilhelm Furtwängler begleitete mit der an ihm gewohnten Vornehmheit. Auch die pathetische Sinfonie Tschairowskys (soweit ich hörte), zeigte diese Sehnsucht nach Vornehmheit und Ausgleich aller Banalitäten. Trotzdem wünschten wir, daß dieses Werk, das von diesen Sentimentalitäten und von russischem Gefühlsüberschwang so voll ist, endlich für ein paar Jahre von dem Konzertprogramm verschwände. Die Sehnsucht des Publikums nach dieser kraftlosen Süßigkeit ist allerdings außerordentlich. In einer einzigen Woche wurde sie viermal in Berlin gespielt. Aber was für die Konzertdirektion gut ist, muß für einen Furtwängler verdrängend sein. Als Aquivalent für diese tolle Kamelle fehlte er als Erstaufführung einen „Don Juan“ von Walter Braunfels aus das Programm. Die angeblich klassisch romantische Phantasieorgie beginnt sehr hübsch mit einem Raub an Mozartscher Musik. Zwei Themen, die den Höllecharakter und das lebersprühende Element des Mozartschen Don Juan charakterisieren, tauchen auf und werden in Variationen umgewandelt. Das hätte wichtig, hätte geistreich, hätte phantastisch oder tragisch werden können. Nichts von alledem. Wohl ist das Orchester mit sehr vielen Farben bedacht, aber von einer über das Schulmäßige des Kontrapunktierens hinausgehenden Fähigkeit der Durcharbeitung und des Erfüllens mit Musik ist nichts zu merken. Schon in der zweiten Variation hat die Monotonie des Wort, und wenn es sich nicht um den Komponisten der „Vögel“ handelte, würde man die Langeweile stärker gespürt haben als eine noch so gewissenhafte Kunstfertigkeit, die ohne Erlebnisfundament wertlos bleibt. Man dachte an Mozartvariationen Regers, man dachte an die blendende und feurige Auferstehung in der Straußschen Sinfonischen Dichtung, und man war verstimmt.

Ein neues Wunderkind wurde in Zeitungen und auf Anschlägen verkündet, unterstützt durch Gutachten der bedeutendsten lebenden Pianisten. Der Name des Kindes ist Angelica Morales. Die junge Pianistin fand außerordentlichen Beifall, den sie für eine schon sehr sicher gewordene Fingerlehre, für Geistesgegenwart und Griffsicherheit voll auf verdient. Im E-Moll-Konzert von Sauer, einem ganz schlimmen und äußerlichen Virtuosenwerk, zeigte sie, daß ihr mit bestimmten Aufgaben auch Kraft zu Steigerungen zuwächst. Die Schwäche des Spiels liegt in einem bisher noch völlig fehlenden oder auch verdeckten Musikverständnis. Eine Eisenfäule lag über den warmen Tönen des A-Dur-Konzerts von Mozart. Nach diesem Debut darf

man nur sehr hoffen, daß sich das junge Mädchen zu einer großen Künstlerin entwickelt, man muß fürchten, daß sie in einem genialischen Akrobatentum stecken bleibt.

Singende Frauen: Man möchte aus ihrem Gesang ihr ganzes Leben, Sehnen und Furchten kennen lernen. Von diesem Grundton des Lebendigen hat Lilli Dreysfuß in ihrer warmen und eindringlichen Altstimme viel geborgen. Auch wenn ihr Partner, der bekannte Roganus Davidsohn, ablag, gelangt es ihr, jene Einförmigkeit, die jeder Wiederabend hat, in Gesängen von Schubert bis Mahler zu bannen. Das Unrige, also acht Weibliche, liegt ihr am besten, doch weiß sie auch einem Reifer noch geschmackvoll zu begegnen.

Hertha Larrach führte sich mit allitalienischen Arien gut ein. Eine große, zu dramatischer Akzentierung neigende Stimme wird ausgiebig und doch ökonomisch gehandhabt; ein starkes Gefühl schwingt im Timbre der vollen Stimme mit. Noch sind Feh'er der Refokulation, Registerausgleiche und ein gelegentlicher Weiklang von Gaumnigkeit zu überwinden. Bei dem Ernst, mit dem hier gesungen wird ist mit weiterem Aufstieg der jungen Künstlerin zu rechnen.

Maria Ekkeblad ist uns von der Staatsoper her in lieber Erinnerung. Auch heute noch hat ihr Sopran starke Resonanz und viel Reiz; nur mit den sehr geschäft geklegten, stark antiquierten Liedern von Erki Mellartin, dem bekannten finnischen Nationalkomponisten, konnte sie nicht viel Eindruck machen. Drei hervorragende Begleiter standen diesen Sängern zur Seite. Michael Raucheisen, Waldemar Bachowitz und Arthur Wolff.

Der wandernde Berg.

Aus Basel wird geschrieben: Es gehört zu den sehr seltenen Erscheinungen, wenn ein Berg zu „wandern“ anfängt und die Welt ein Schauspiel erlebt wie leicht den Erdsturz am Walea-See in der Schweiz. Es muß ein gewaltiger Anblick gewesen sein, als die Erdmassen erst langsam dann aber, von den nachfolgenden Schichten gedrängt, in immer rascherem Tempo herabkamen und in den See hineinstürzten. Zeugen der Katastrophe sagen aus, daß es ein Höllearm gewesen ist und man den Eindruck hatte, als wolle das ganze Gebirge in den See hinein. Die Abbruchstelle war etwa 80—100 Meter breit und auf einer ebenen Fläche waren die Schichten der am Gerand gehenden Eisenbahnstrecke direkt im rechten Winkel umgebogen und ragten in den See hinaus. Der Aufdruck war so groß, daß er bis über den See hinüber verfuhr wurde. Auch das Wasser des See wurde durch die einstürzenden Massen in starke Erregung versetzt: eine zwei Meter hohe Brutwelle bäumte sich auf und ergoß sich über des Ufer. Es sind sehr betrübliche Massen gewesen, die sich von dem Berge losgelöst hatten; allein die Masse des auf dem Bahndamm lagernden Materials hat man auf 30000 Kubikmeter geschätzt, und in den See waren wahrscheinlich auch mehrere Tausend Kubikmeter hineinstürzt. Schon bei der ersten schmerzlichen Besichtigung des Geländes nach der Katastrophe erkannte man, daß noch ein Nachsturz

wort Buttmanns mit dem Kadav zu beginnen. Die Aufführung dieser Komödie erscheint den Völkischen um deswillen notwendig, weil in den Esser-Versammlungen mit großem Erfolg stets davon die Rede ist, daß der völkische Block niemals ernsthaft an der Bekämpfung Hillers arbeite, sondern im Gegenteil, daß die versumpften völkischen Parlamentarier alles Interesse daran hätten, daß Hiller nicht frei wird, um ihren Saustall nicht ausmisten zu können. Mit dem Skandal wollte also der völkische Block vor aller Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß er sich mit seiner ganzen Ueberzeugung und Lungenkraft für Hiller einsetzt.

Reichsbanner gegen „Deutsche Tages-Ztg.“ Eine Beleidigungsklage.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Höring, haben gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin Privatklage wegen Beleidigung erhoben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat mehrfach vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als dem Reichsbanner „Hillel“ gesprochen. Darin liegt zweifellos eine schwere Beleidigung für das Reichsbanner und seine Mitglieder.

Kommunistische Hysterie.

Womit die „revolutionäre Seele“ zum Kochen gebracht werden soll.

Im Lager der Kommunisten herrscht absolute Ratlosigkeit. Ihre Wahlversammlungen weisen überall eine gähnende Leere auf, die Teilresultate aus Hamburg, Anhalt, Mecklenburg, Rostingen usw. zeigen überall das gleiche Bild der Massenflucht aus ihren Reihen. Verzweifelt suchen die Rostauer Stipendiaten nach einer Wahlparole, die ihre Leute noch in letzter Stunde zusammenhalten könnte. Aber sie finden und finden nichts. In ihrer Verzweiflung greifen sie zu Verzweiflungsmitteln, die die deutlichen Merkmale der politischen Hysterie tragen.

Sie rufen jetzt 18 Versammlungen in Berlin und Umgebung ein mit dem Fall Bartels als Thema. Was hat der Fall Bartels mit den großen Entscheidungen zu tun, um die es am 7. Dezember geht? Sehr einfach! Der Regierungsrat Bartels war Beamter im Polizeipräsidium. Polizeipräsident ist ein Sozialdemokrat. Vorgesetzter des Polizeipräsidenten ist ebenfalls ein Sozialdemokrat. Darum: Fort mit Severing und Richter! Daß es der Genosse Richter war, der unmittelbar nach der Ausdeutung der Befehle Bartels dessen Suspendierung und Verhaftung anordnete, ist natürlich gleichgültig. Er wird als mitverantwortlich hingestellt und beschimpft. Nach dem Grundsatz: Vielleicht findet sich doch in Berlin ein Schwachsinziger, der darauf hereinfällt.

Die Methode ist nicht ganz neu. Die Kommunisten haben sie bereits mit dem Fall Haarmann ausprobiert. Weil dieser homoferuelle Massenmörder auch von der Kriminalpolizei Hannovers als Konsident benutzt worden war, wurde einfach behauptet, er sei als politischer Spitzel gegen die KPD verwendet worden. Dieser Schwindel wird widerlegt. Tut nichts: er wird weiter behauptet. Zweck der Uebung: „Die Sozialdemokratie ist schuld!“ Aber warum denn? wird mancher fragen: der hannoversche Polizeipräsident ist doch kein Sozialdemokrat! Tut nichts! Hannover ist der Sitz eines Oberpräsidiums und Oberpräsident ist sogar Roske! Also Wahlparole: „Haarmann-Roske!“

Aber Vorgesetzter Roskes ist doch Severing. Glänzend! Jetzt haben wir endlich die richtige Parole: Die Sozialdemokratie ist die Partei Haarmann-Severing-Bartels-Roske-Richter! Fort mit dem System Richter-Haarmann-Severing-Bartels-Roske! Auf zum Protest gegen die Ebert-Haarmann-Republik!

Wie man sieht, ergeben sich aus dieser Methode unendliche Kombinationsmöglichkeiten. Man braucht sich dabei nicht einmal besonders anzustrengen. Auch die Leser der kommunisti-

schen Presse sollen sich ja nicht anstrengen, das Nachdenken ist bloß ein kleinbürgerliches Vorurteil, eine „rechte Abweichung“. Nur nicht nachdenken, das besorgt die Komintern an eurer Stelle!

So wird im halleischen „Klassenkampf“ die Nachricht, daß ein Gewerkschaftsangehöriger in Göttingen auf Verlangen seines Verbandes verhaftet wurde, weil er mit Verbandsbeiträgen spekuliert hatte, unter der Ueberschrift gebracht: „Ein SPD-Gewerkschafter spekuliert mit Arbeitergehältern“. Daß Göttingen in Schweden liegt, braucht doch ein Klassenbewußter Arbeiter nicht zu wissen. Jetzt ist der Beweis erbracht: die deutsche Sozialdemokratie unterschlägt Arbeitergehälter. Wählt Kommunisten!

Aber damit sind die Schanddaten der Severing-Haarmann-Ebert-Partei noch lange nicht erschöpft. Der halleische „Klassenkampf“ weiß noch viel Schlimmeres zu enthüllen: Sollmann hat Gelder unterschlagen! Jawohl! Und die „Rote Fahne“ bringt nichts darüber? Das kommt noch. Das ist das Thema für die nächsten Wahlversammlungen. Also: kürzlich wurden Unregelmäßigkeiten bei der Kölner Stadtverwaltung festgestellt. Der Verdacht lenkte sich auf den sozialdemokratischen Beigeordneten Schäfer. Dieser wurde, wie der „Klassenkampf“ behauptet, von führenden Kölner Sozialdemokraten, darunter Sollmann, eines Morgens ins Verhör genommen. Unmittelbar danach war er verschwunden (er hat bekanntlich Selbstmord verübt und seine Leiche wurde im Rhein aufgefunden). Ueberschrift des „Klassenkampfes“: „Sollmann mitschuldig an den Unterschlagungen!“

Lohnt es sich überhaupt, mit solchen Hysterikern zu diskutieren? Man könnte doch, z. B. bezüglich der Korruptionsaffäre des Regierungsrates Bartels, bemerken, daß Korruptionsstandale in der Rostauer Verwaltung wiederholt festgestellt und übrigens rücksichtslos geahndet wurden. Ist es jemals einem Gegner des Bolschewismus eingefallen, daraus abzuleiten, daß Lenin oder Sinowjew oder das ganze Sowjet-Regime korrupt sei?

Es heiße sich aber erniedrigen, wenn man mit dummen Augusten diskutieren wollte. Erledigt, hoffnungslos erledigt sind sie doch. Da hilft ihnen keine noch so blöde, noch so hysterische Wahlparole, kein Haarmann und kein Bartels.

Kabinettsratung beifammen.

Mit Großdeutschen.

Wien, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Großdeutschen Volkspartei hat beschlossen, daß die Großdeutschen weiter in der Regierungskoalition bleiben. Vizekanzler Dr. Frank dürfte durch Abg. Dr. Haber ersetzt werden, Handelsminister Dr. Schürff auf seinem Posten bleiben. Die Regierung wird wahrscheinlich morgen, Donnerstag, von der Mehrheit des Nationalrats gewählt werden.

Deutschnationale Außenpolitik.

Siebzehntageswörter ihrer Presse.

Das offizielle Organ der Deutschnationalen Partei, die „Nationalpost“, versteht ihre Nachrichten aus Wien mit einem Kommentar, der hier wiedergegeben sei, um ihn auch in Oesterreich bekanntzumachen, wo ihm, da man dort Sinn für Humor hat, verständnisvolle Aufnahme sicher ist. Er lautet:

Wenn die österreichischen Christlichsozialen nunmehr Arm in Arm mit der Sozialdemokratie die Großdeutschen „zerstimmern“ wollen, so bedeutet dies, daß in der christlichsozialen Partei die schwarz-gelbe angeschlossenliche Richtung überwogen hat. Fraglich bleibt nur, ob die Sozialdemokratie den Plänen des schwarz-gelben Föderalismus so ohne weiteres Vorschub leisten und welchen Preis sie fordern wird. Wir im Reiche haben allen Grund, im Interesse Gesamtdeutschlands die weitere Entwicklung der Dinge im Bruderlande Oesterreich mit wachsamem Misstrauen zu verfolgen.

Die Bildung einer christlichsozial-sozialdemokratischen Koalition zur Zerschmetterung der Großdeutschen ist nichts als ein Produkt freischöpferischer Phantasie. Die österreichischen Sozialdemokraten sind entschiedene Verfechter des Anschlusses, so daß eine Annäherung an sie gerade umgekehrt ein Vordringen der angeschlossenlichen Richtung bei den Christlichsozialen bedeuten würde. Die Großdeutschen, deren sich die „Nationalpost“ so warm annimmt, sind keine Deutschnationalen im reichsdeutschen Sinn, sondern werden von der extremnationalistischen Richtung Oesterreichs scharf bekämpft. Wie sehr für die Deutschnationalen Oesterreich zum „Ausland“ geworden ist, beweist ihre totale Unkenntnis der dortigen Verhältnisse.

Danach kann man sich ungefähr vorstellen, wie die deutschnationalen Fredertiele im wirklichen Ausland herumfuhrwerken. Dieses Geschäft wird von Herrn Dr. Schulz-Everth in der „Kreuz-Zeitung“ gründlich besorgt. In Wien, da Schiemann und später Hoehsch die außenpolitische Rundschau dieses Blattes besorgte, war sie auch für den Gegner eine Quelle der Unterrichtung. Heute herrscht in ihr ein mit ungelassenen Redensarten um sich werfender Dilettantismus. Der polnische Außenminister Stronski erhält eine Rüge, weil er „gegen Wostau die Stirn gerunzelt“ hat. Sein tschechischer Kollege Beneš wird als ein „Geschäftshaber“ bezeichnet, der „mehr von der lomischen Seite zu nehmen“ ist, aber „seine geheimen Pläne“ (die Herr Dr. Schulz-Everth natürlich genau kennt) „nötigen durch Gräbe Achtung ab“. England könne sich mit Frankreich auf die Dauer nicht vertragen, er wolle „den Kontinent durch den Kontinent beherrschen“. Damit sieht das deutschnationale Organ „die Richtlinien angedeutet, denen eine aktive patriotische Politik zu folgen hätte“. Nur dürfe man die Verhandlungen mit Frankreich „nicht aus dem merkantilistischen Gesichtspunkt betrachten“. Der Verfasser meint wohl aus rein wirtschaftlichem, was man unter „Merkantilismus“ versteht, weiß er offenbar nicht.

Was geschehen soll, wenn diese dummstolze Ignoranz auf die deutsche Außenpolitik losgelassen wird, ist nicht abzusehen.

Vor dem Prozeß Rathusius.

Deutsche Pressevertreter werden zugelassen.

Lille, 19. November. (Eco.) Die erste Sitzung des Kriegsgerichtsprozesses gegen den deutschen General a. D. v. Rathusius wird morgen nachmittags 1½ Uhr in der alten von Vauban erbauten Stabkaserne, dem Bahngelände der Stadt, beginnen. Ein äußerst primitiver Raum mit schranklosen Holzwänden ist der Verhandlungssaal. Nachdem nach in letzter Stunde den deutschen Pressevertretern die Möglichkeit gegeben wurde, der Verhandlung in voller Freiheit beizuwohnen — die deutsche Botschaft hat sich dafür am Quai d'Orsay besonders verwendet — wird Botschaftsrat von Kinteln der sich bereits in Lille aufhält, morgen vor der Sitzung die deutschen Pressevertreter dem Gerichtsherrn des Militärgerichts, General Pierré,

vorstellen, worauf ihnen der Zutritt zum Sitzungssaal freigegeben werden wird.

Das Kriegsgericht wird unter dem Vorhild eines Genarmeeobersten tagen, dem vier Offiziere beistehen. Infolge der raschen Ueberaumung des Verhandlungstermins war es der Verteidigung vollkommen unmöglich, die nötigen Zeugen aus der Umgebung des Generals während der Kriegszeit aus Deutschland nach Lille kommen zu lassen. Da v. Rathusius sich naturgemäß heute nicht mehr der Wohnort seiner damaligen Stabsoffiziere erinnert und sogar in einzelnen Fällen nicht mehr ihren Namen weiß. Treidend ist es der Verteidigung gelungen, eine Anzahl Leumundzeugen aus der früheren lothringischen Garnison v. Rathusius' herbeizuberufen, darunter mehrere Geistliche, von denen einer mit hohen französischen Orden ausgezeichnet ist. Es dürfte unter diesen Verdächtigten, da die eigentlichen Entlastungszeugen fehlen, nicht übersehen werden, wenn die Verteidigung zunächst eine Verlegung der Verhandlung beantragen würde.

Die Anklagebehörde hat im wesentlichen dieselben Zeugen aufgerufen wie in dem ursprünglichen Verfahren.

England gegen das Genfer Protokoll.

London, 19. November. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sieht das an den Völkerbundrat gerichtete Ersuchen der britischen Regierung, die Erörterung des Genfer Protokolls auf unbestimmte Zeit zu verschleppen, als Preisgabe des Protokolls an und schreibt, angelehnt an die von den Dominions erhobenen starken Einwände sei dieses keineswegs überrassend. Während die Vereinigten Staaten zur Uebertragsanforderung nur einen Beobachter entsandt haben würden, werde Coolidge jetzt in der Lage sein, eine Konferenz einzuberufen, auf der die Vereinigten Staaten wieder eine führende Rolle übernehmen könnten.

Caillaux und Malvy fordern Revision.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß des Senats vom Dienstag, der die Amnestie auf Caillaux und Malvy ausdehnt, beseitigt die Hindernisse, die bisher der politischen Betätigung des ehemaligen Premierministers und Führers der bürgerlichen Demokratie entgegenstanden haben. Aber weder Caillaux noch Malvy gedenken sich mit der einfachen Lösung der gegen sie ausgesprochenen Strafe zufriedig zu geben. Beide beabsichtigen vielmehr, zur völligen Rehabilitierung ihrer von der Reaktion in den Kot getretenen Ehre die Revision ihrer Prozesse durchzuführen. Die dazu nach der französischen Strafprozeßordnung erforderliche „neue Tatsache“ dürfte im Falle Malvy gegeben sein durch die am Dienstag von Poincaré zugunsten Malvys abgegebene Erklärung. Aber auch im Falle Caillaux dürfte es kaum schwer sein, die prozeßualen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Verfahrens zu finden. Die Linkspreffe drückt in ihren Kommentaren zu dem Beschluß des Senats vom Dienstag ihr Erstaunen darüber aus, daß Malvy vom Staatsgerichtshof verurteilt werden konnte, obwohl der damalige Präsident der Republik, Herr Poincaré, wie er am Dienstag in öffentlicher Sitzung erklärt hat, von dessen völliger Unschuld überzeugt war. Sie findet es in höchstem Grade befremdend, daß er nicht schon damals zugunsten eines zu Unrecht angeklagten und verurteilten Ministers interveniert hat.

Ferriot über die russische Revolution.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) In der außenpolitischen Kommission der Kammer entwickelte Ferriot am Mittwoch in einem längeren Exposé die Gründe, die die französische Regierung zur Anerkennung Sowjetrußlands bestimmt haben. Er führte aus, daß Rußland nicht nur ein sehr wichtiges Absatzgebiet für die Erzeugnisse der französischen Industrie sei, sondern für Frankreich von jeher eine der Hauptbezugsquellen für gewisse Rohstoffe war. Da außerdem Deutschland, England und Amerika die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland bereits in sehr erheblichem Umfange wieder aufgenommen hätten, habe Frankreich ein starkes Interesse daran gehabt, den Vorprung dieser Länder nicht allzu groß werden zu lassen. Ueber die rein politischen Gründe, die ihn zur Anerkennung der Sowjetregierung bestimmt haben, äußerte sich Ferriot dahin, daß er sich durch die von den russischen Regierungen die Erkenntnis aufgedrängt habe, daß man Rußland nicht länger außerhalb des europäischen Konzertes lassen dürfe. Es habe sich unter anderem gezeigt, daß ohne Rußland eine endgültige Regelung der Dardanellenfrage unmöglich sei. Dazu komme, daß die Gefahren internationaler Verwicklungen im Osten weit größer seien als im Westen. Durch den Vorschlag der Kommission de Monzie sei die französische Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die diplomatische Anerkennung der russischen Regierung den Verhandlungen über die zu regelnden Probleme vorausgehen müsse. Den der französischen Regierung gemachten Vorschlag, daß sie mit der Anerkennung der russischen Regierung die englischen Wahlen zugunsten der Arbeiter hätte beeinflussen wollen, bezeichnet Ferriot als eine tendenziöse Erfindung. Eine der von Frankreich ausdrücklich gestellten Bedingungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sei die gegenseitige Verpflichtung gewesen, sich jeder Einmischung in die innere Politik zu enthalten. Die russische Regierung habe in diesem Punkte bindende Erklärungen abgegeben. Die französische Regierung habe wiederum in der Frage der russischen Schulden alle ihre Rechte und Ansprüche in vollem Umfange aufrechterhalten. Die Regelung der damit zusammenhängenden Fragen sei einer besonderen Konferenz vorbehalten, die am 10. Januar in Paris zusammentreten soll.

Ferriot verbreitete sich auf Wunsch der Kommission lobend noch eingehend über die Frage der Aufhebung der Boykott beim Vatikan. Die französische Regierung treibe damit keineswegs eine religionspolitische Politik, sie habe nur den Wunsch, die reinliche Scheidung zwischen Kirche und Staat, wie sie in der französischen Gesetzgebung vorgesehen sei, durchzuführen. Die diplomatisch-politische Bedeutung der Befandtschaft beim Vatikan werde von den Gegnern der in Aussicht genommenen Maßnahme agitatorisch übertrieben.

Der Prager Parlamentsboykott.

Neben den Deutschen auch die meisten Widerheitsparteien

Prag, 19. November. (Tschsch. Pressebureau.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte bei der Beratung des Budgets auch die slowakische Volkspartei, daß sie sich an den Beratungen nicht beteiligen werde. Abg. Dr. Kermendy-Elez (Radikalis-Christlichsozialer) erklärte, daß die christlichsozialen Landespartei, die ungarischen kleinen Landwirte und Kleingewerbetreibenden, die russischen Autochthonenpartei an der Budgetdebatte nicht teilnehmen, ebenso Abg. Kurat in russischer Sprache für den karpatho-russischen autonomen landwirtschaftlichen Verband. Die Redner der Regierungsparteien beschäftigten sich zunächst mit dem Erodus der oppositionellen Parteien, wobei sie erklärten, daß die Verhandlungen der deutschen Parteien nur bewiesen, daß der Widerstand der Deutschen nicht ein Widerstand gegen die Koalition, sondern ein offener Kampf gegen den Staat sei. Die Beschwerden der deutschen Abgeordneten, daß ihre Anträge nicht abgelehnt würden, würden durch die bei der Annahme des Gesetzes über die Kriegsanleihen, über die Sozialversicherung, die Bewegung usw. angenommenen Änderungsanträge widerlegt. Abg. Dr. Deter (tschechischer Sozialdemokrat) sagte, Ballotiert im parlamentarischen Leben sei bei einem so hochstehenden Volkstum, wie es der deutsche sei, absolut ausgeschlossen, da sie den Lebensinteressen der Deutschen in der Republik widerspreche.

zu erwarten war. Dieser erfolgte ja denn auch tatsächlich nach drei Tagen. Dieser zweite Sturz hatte noch gewaltigere Dimensionen angenommen. Die Flutüberdrängung war so groß, daß das Wasser hoch an die hinter dem Bahndamm stehenden Häuser hinaufschloß, obgleich der Damm 8 Meter hoch über dem Spiegel des Sees gelegen ist. Die Umlade- und Umsteigerampen und die Holzperrens wurden fortgeschwemmt.

Man nimmt an, daß der Bergsturz durch eine Zementfabrik, die unweit der Sturzstelle gelegen ist, herbeigeführt wurde. Durch den Abbau des Gesteinmaterials wurde das Gelände stark unterhöhl. Es kommen ferner wahrscheinlich Einwirkungen des Wassers hinzu. Es wird eine Weile währen, bis die Folgen des Bergsturzes wieder beseitigt sind; man rechnet, daß die Aufräumungsarbeiten nicht vor Weihnachten beendet sein werden.

Das Schweizer Land hat schon ähnliche Katastrophen mit weit schlimmeren Folgen erlebt. So wurden im Jahre 1806 die Dörfer Gollau, Büdingen, Röhren und Pomez teilweise verschüttet und ein Teil des Lowerer Sees ausgefüllt. 457 Menschen kamen dabei ums Leben. Eine 4 Kilometer lange, 320 Meter breite und 32 Meter dicke Steinmasse kam damals herunter. 75 Jahre später, 1881, löste sich im Kanton Glarus von dem Tschingelberg, der in der Nähe des Kirchdörfers Elm liegt, eine Felsmasse los, die 115 Menschen, 83 Gebäude und 4 Brücken betraf. Die 4 Millionen Kubikmeter Schutt, die dabei ins Rußland kamen, verurteilten 90 Hektar Kultur an. Auch aus früheren Jahrhunderten sind Bergstürze bekannt, die häufig durch Erdbeben ausgelöst wurden.

Ein bescheidener Dichter. Ein Dichter, der seine Werke — und zwar Arbeiten von hohem Wert — viele Jahre hindurch in seinem Schreibstisch verschließt, ohne sie drucken zu lassen, ist gewiß heutigen Tages eine große Seltenheit. Ein solch überaus bescheidener Autor ist, wie Martin Brüssel in der Monatschrift „Die Literatur“ berichtet, der spanische Romanist Carlos Mendizábal. Es wäre ihm leicht gewesen, für seine Romane, deren er bisher 14 verfaßt hat, einen Verleger zu finden; aber der kluge Mann hielt es für das kleinere Unglück, ungedruckt zu bleiben. Erst auf das Drängen seiner Freunde und auf zahlreiche Hinweise in der Presse, in die die Kunde von diesen unveröffentlichten Dichtungen gedrungen war, hat er sich entschlossen, seine Manuskripte zu veröffentlichen. Durch den Roman „Bagnation und Galatea“ in dem deutsche Kritik verberlicht wird, errang er raschen Ruhm, so daß jetzt einige seiner anderen ungedruckten Bücher folgen.

Der Vortragstext über die Vereinigten Staaten und Kanada, den die Auslandsabteilungen der Berliner Universitätsvereine, wie Freitag, 8 Uhr, im Aula der Universität mit dem Vortrag von Prof. Bonn: „Das Gesicht Amerikas“ eröffnet.

Ueber Wolfensteln hielt auf Einladung der Volkshilfe am Freitag, 7. Uhr, im Bürgeraal des Rathauses aus unübersichtlichen Dichtungen. Umlaufkarten zum Preise von 50 Pf. am Saaleingang.

Der „Simplicissimus“ in Wien. Der „Simplicissimus“, der vor einem halben Jahr aus dem Verlag Langen in die Hände des Dr. Günther Langen, des Finanziers der „Wüsten Allgemeinen Zeitung“ übergegangen war, bestand sich schon seit längerer Zeit in finanzieller Schwierigkeiten. Am Dienstag wurde zur Wändung des gesamten Unternehmens geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Hochbahn fährt wieder. Der Streit ist zusammengebrochen.

Ueber den Verlauf der gestrigen entscheidenden Versammlung der Streikenden ist zu berichten:

In der ausgedehnten Vorkonferenzversammlung haben die Streikenden zu dem bereits mitgeteilten Ergebnis der Besprechungen vor dem Reichsarbeitsminister am Dienstag Stellung genommen. Die Streikleitung berichtete, daß sie die Wünsche und Forderungen der Streikenden vorgetragen habe, jedoch auf den verbindlich erklärten Schiedsspruch hingewiesen worden sei. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums habe sich im Hinblick darauf außerstande erklärt, auf die Hochbahndirektion einzuwirken, den weitergehenden Forderungen des Personals stattzugeben. Zunächst sei der Vorschlag gemacht worden, die Arbeit zu den Bedingungen des verbindlich erklärten Schiedspruches wieder aufzunehmen und einem Schiedsgericht die Entscheidung über die Einstellungen bzw. Rückstellungen zu übertragen. Diesem Ansuchen konnten die Vertreter der Streikenden unmöglich zustimmen, so daß die Hochbahndirektion sich schließlich dazu bequemt habe, von Maßregelungen abzulassen und die bedingungslose Wiedereinstellung des Personals zuzugestehen.

Der Bericht wurde von den Versammelten sehr eingehend und unter großer Erregung diskutiert. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab zunächst das überraschende Resultat, daß etwa rund 700 Streikende nicht zur Versammlung gekommen waren, woraus gefolgert werden muß, daß sie auf den Ausfall des Abstimmungsentscheids keinen Wert mehr legten.

Von den Abstimmbaren erklärten sich 831 für Fortsetzung des Streiks und 405 für die Wiederaufnahme der Arbeit. Da die Streikleitung die 700 fehlenden Stimmen gegen eine Fortsetzung des Streiks werten mußte, erklärte sie, daß sie die Weiterführung des Kampfes auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses nicht empfehlen könne. Das heißt, sie müßte die Verantwortung für eine Verlängerung des Streiks ablehnen.

Der Streit ist damit zusammengebrochen. Die Arbeit wird heute früh höchstwahrscheinlich wieder aufgenommen. Es wäre sinnlos unter diesen Umständen einen Teilstreit weiterzuführen, weil damit der Hochbahndirektion Gelegenheiten gegeben würde, ihre gesamte Maßregelungsaktion nacheinander durchzuführen.

Der Betrieb der Hoch- und Untergrundbahnen wird wohl erst im Laufe des Tages wieder in vollen Gang kommen.

Ueber die Lehre, die sich für die Dessenlich teil aus diesem Streit ergibt, bei dem wieder einmal die Allgemeinheit, vorab die arbeitende Bevölkerung Berlins der leidende Teil war, sei bemerkt, daß es in der bisherigen Weise auf die Dauer nicht gehen kann. Die Personalpolitik der Hochbahndirektion ist derart, die Lohnverhältnisse insbesondere so sehr ungünstig, daß gegen ähnliche Verkehrsleistungen für die Zukunft keinerlei Garantie geboten ist. Schon bei der Konzessionserteilung an einen solchen wichtigen Verkehrsbetrieb müßte dafür gesorgt werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals sich jeweils in einem erträglichen Verhältnis bewegen, womit der Gefahr einer Lohnsenkung des Betriebes durch Streik am ehesten vorgebeugt wird. Wie weit das Versäumte nachzuholen ist, sei dahingestellt.

Dem Personal der Hochbahn aber haben wir bereits dargelegt, daß es sich gleich allen übrigen Arbeitnehmern zunächst gehörig organisieren muß. Die Hochbahner können sich nicht darauf verlassen, daß, weil sie durch einen Streit den täglichen Verkehr unterbinden können, ein Streit genügt, um ihre Wünsche durchzusetzen. Ungünstige Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen sich nun einmal im Handumdrehen nicht gründlich verbessern. Das kann nur durch unablässige Organisationsarbeit geschehen.

Wäre die Hochbahndirektion der Arbeitgeber, der sie sein müßte, wären die Hochbahner derart gewerkschaftlich organisiert, wie man es von ihnen erwarten müßte, dann müßten sie sich von vornherein mit dem verbindlich erklärten Schiedspruch zunächst abfinden, um nach seinem Ablauf einen weiteren energischen Vorstoß zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu machen. Sie hätten sich und der Bevölkerung diesen lästigen Streit erspart. Aber auch die Hochbahndirektion kommt dem Publikum und sich selber diesen Streit ersparen, wenn sie eine anständigere Lohnpolitik betreiben und mehr Verständigungswillen gezeigt hätte, anstatt immer wieder ihren verbotenen Herrenstandpunkt hervorzuheben.

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, daß beide Teile, wie auch die für die Aufsicht zuständige Behörde, aus dem Hochbahnerstreit die nötigen Lehren ziehen.

Erwerbslosenfürsorge für alle Angestellten.

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Berufen der Privatangestellten hatte sich als immer unerträglicher herausgestellt, daß der Personenkreis der Unterstützungsempfänger auf die der Krankenversicherung unterstehenden Angestellten beschränkt bleibt. Besonders soziale Härten haben sich in der letzten Zeit ergeben, nachdem bei dem Abbau in den Betrieben die älteren Angestellten vorzugsweise in größerer Zahl entlassen wurden.

Die seit Wochen vom Allgemeinen freien Angestelltenbund aufgestellte Forderung zur Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf

alle Angestellten war kürzlich Gegenstand einer besonderen Beratung der A.F.A.-Vertreter mit dem Reichsarbeitsministerium, das grundsätzlich allen erwerbslos werdenden Angestellten die Teilnahme an der Erwerbslosenfürsorge ermöglichen will. Der Vorschlag des A.F.A.-Bundes geht dahin, in Zukunft die Grenze der Angestelltenversicherung auch für die Erwerbslosenfürsorge gelten zu lassen. Eine entsprechende Änderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 ist ohne Schwierigkeiten durchführbar. Nach der nunmehr festgestellten grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen der zuständigen Regierungskasse und den Angestelltenvereinigungen darf wohl auf eine baldige Neuregelung gerechnet werden. Eine weitere Ausschärfung großer Angestelltenkreise würde unabsehbare Übel zur Folge haben.

Gehaltssteigerung ohne „Ermächtigungsgesetz“.

Man schreibt uns: Es kann nicht bestritten werden: die maßgebenden Regierungsorgane haben hinsichtlich der Befolgung der Befehlsordnung unter der Regie des „Ermächtigungsgesetzes“ nichts getan, was den Beamten der oberen Besoldungsgruppen zum Schaden war. Nicht nur bei den Gehaltsjahren, auch bei dem neuen Wohnungsgeld hat die „Relation“ der Besoldungsgruppen sowie die „Anpassung an die Friedensgehälter“ ihr Bestes im Sinne der höheren Besoldungsgruppen getan. Nun soll nach den Mitteilungen von amtlicher Seite eine „maßvolle“ Erhöhung der Gehälter bevorstehen. Dazu wird aber von den Beamten der Besoldungsgruppen I bis VI erwartet, daß nun endlich einmal „unten“ mit einem Maßstab zugelassen wird, daß diese Beamten bei der herrschenden Teuerung existieren können und vor allem auch die vorhandenen Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden. Hinsichtlich der Gehaltsfrage steht die Besoldungsgruppe VI am aller-schlechtesten da; sie hat, gemessen am Nominalbetrage, nur 71 Proz. des Vorkriegsgehaltes. (Unter Zugrundelegung des höchsten Wohnungsgeldes und 6 Proz. britischer Sonderzulage für Berlin.) Würde man den Realwert dieses Gehaltes über den Berliner Kleinstehendenindex von 143,5 (15. Oktober) errechnen, so ergibt sich, daß das Gehalt der Gruppe VI nur 51,5 Proz. des Friedensgehaltes ausmacht. Die höheren Besoldungsgruppen haben nicht nur absolut ganz erhebliche höhere Gehälter, sondern auch verhältnismäßig, also einen höheren v.H.-Satz des Vorkriegsgehaltes. Rominell hat die höchste Besoldungsgruppe (XIII) in Berlin 88 Proz. des Friedensgehaltes. (Zugrundegelegt ist ein Einkommen des lebigen Beamten in Gruppe XIII mit 954,95 M.)

Die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen erwarten von der Regierung, daß ihnen kein verhältnismäßig geringeres Einkommen zugesprochen wird, als den finanziell Bessergestellten. Vom Ueberwachungsamt des Reichstages erhoben wir eine wirksame Stellungnahme in diesem Sinne.

Die Sperre über das Berliner Sinfonie-Orchester (Bläßner-Orchester aufgehoben).

Der Vorstand des Berliner Sinfonieorchesters teilt uns mit, daß das Orchester keine Tätigkeit im „Berliner Theater“ (einem der gesperrten Theaterbetriebe) eingestellt habe. Damit ist die Sperre über das Berliner Sinfonie-Orchester selbst gegenstandslos geworden; sie wird hiemit aufgehoben.

Das Berliner Theater bleibt gesperrt und ebenso die anderen an dieser Stelle wiederholt als gesperrt genannten Theaterbetriebe. (Kollendörfler, Metropol, Neues Operettentheater, Kommandantenstraße.)
Deutscher Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zwangswelche Verschlechterung der Krankenversicherung.

Vom Betriebsrat des Zeugamts Spandau wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiterchaft des Zeugamts durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums V. L. Berlin gegen ihren Willen von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau abgemeldet und bei der Betriebskrankenkasse des Reichs, Berlin, angemeldet werden soll. Gegen diese Zwangsmaßnahme wendet sich die gesamte Belegschaft, weil sie sich durch diese Maßnahme wesentlich verschlechtern würde. Zu wiederholten Malen ist schon der Versuch gemacht worden, den Angestellten und Arbeitern Verschlechterung in der Krankenversicherung aufzuzwingen, jedoch scheiterten diese Versuche bis jetzt an der einmütigen und entschiedenen Haltung der Belegschaft.

Bei einer Gegenüberstellung der Beiträge der beiden genannten Kassen ergibt sich, daß die Beiträge bei der Betriebskrankenkasse für die Betriebskranken durchschnittlich ebenso hoch sind wie bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, da erstere außer 6 Proz. vom Grundlohn für die Angehörigenversicherung 25 Pf. pro Woche besonders erhebt, die Betriebskranken allein 20 Pf. tragen haben, während die Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau wohl 7 Proz. vom Verdienst, aber keinerlei Extrabeiträge für die Familienangehörigen erhebt. Kann man demnach einen wesentlichen Unterschied in der Beitragsleistung der beiden Kassen nicht feststellen, so trifft dies für die Leistungen, besonders für Familienangehörige, nicht zu.

Während bei der Betriebskrankenkasse des Reichs nur Ehegatten, Kinder und Stiefkinder bezugsberechtigt sind, gewährt die Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau außerdem auch noch Pflegekindern, Geschwistern, Eltern, Schwiegereltern und Großeltern Angehörigenunterstützung. Wird bei der Betriebskrankenkasse des Reichs ärztliche Behandlung erst nach 26wöchiger Karenzzeit in Höhe der Krankheitsdauer erstattet, so geschieht dies bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau ohne Karenzzeit völlig frei in den Berliner Ambulatorien und freie zahnärztliche Behandlung bei den Zahnärzten und Dentisten der Kasse. Ebenso wird Medizin erst nach 26 Wochen Mitgliedschaft bei der Betriebskrankenkasse des Reichs, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau sofort gewährt. Heilmittel werden bei der Betriebskrankenkasse des Reichs überhaupt nicht gewährt, während die Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau Heilmittel, wie Bäder, Brillen, Bruchbänder, Leibbinden usw. sowie sämtliche mediko-mechanischen Behandlungen, Höhenstrahlen, Röntgenbestrahlungen und Aufnahmen, Nährpräparate und Verbandsstoffe in vollem Umfang wie bei den Mitgliedern auf die Dauer von 26 Wochen, außerdem einen Zuschuß zum Zahnersatz, auch für die Angehörigen übernimmt. Auch das Sterbegeld für die Angehörigen ist bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Spandau höher als bei der Betriebskrankenkasse des Reichs.

Diese überaus wertvollen Verschlechterungen würden den Angestellten und Arbeitern des Zeugamts mit einem Schloß verloren gehen, falls die Behörde tatsächlich auf dem unersöhnlichen Standpunkt der zwangswelchen Umstellung bestehen bleiben sollte.

Die Belegschaft des Zeugamts Spandau protestiert aus diesem Grunde mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige zwangswelche Verschlechterung.

Tariffündigung im mitteldeutschen Bergbau.

Aus Halle meldet WTB: Die am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben unter Führung des Bergarbeiterverbandes den Tarifvertrag und das durch Schiedsspruch gegen den Willen der Arbeitnehmerverbände geschlossene 10- bzw. 12-Stunden-Zwangsarbeitszeitabkommen gekündigt, mit dem Ziel einer Verbesserung des Tarifvertrages und der Arbeitszeit.

Wie sie die Soziallast berechnen.

Der Zechenverband veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Im August dieses Jahres betragen je Tonne Förderung die Aufwendungen für die Sozialversicherung im Ruhrbergbau 1,98 M. gegen 0,75 M. im Frieden. Das bedeutet rund eine Steigerung auf das zweieinhalbfache. Auf die Tonne Absatz ergibt sich eine Soziallast von 2,18 gegen 0,80 M. im Jahre 1913.

Die Berechnung bedarf gleich ähnlichen ihrer Art einer genauen Nachprüfung. Doch selbst wenn sie richtig wäre — die Arbeitnehmerchaft hat keine Amortisationspläne verfolgt und so auch nicht zur Kriegserlöslängerung bis zum Zusammenbruch beigetragen.

Auswanderung nach Rußland?

Durch die russische Presse ging vor einiger Zeit die Nachricht, eine Gruppe Magdeburger Arbeiter habe sich an die Ostbahn (frühere Nikolaibahn, zwischen Petersburg und Moskau) mit der Bitte gewandt, sie als Spezialarbeiter in einer der Werkstätten der Bahn anzustellen. In dem Zusammenhang dürfte die Mitteilung interessieren, daß nach statistischen Angaben im Juni dieses Jahres 1300000 registrierte Arbeitslose im Bereich sämtlicher Gliedstaaten Rußlands vorhanden waren. Berücksichtigt man die Richtungsrichtungen, so ist die Zahl der Erwerbslosen wahrscheinlich noch wesentlich höher.

Die russische Industrie ist daher weder in der Lage, ausländische ungelernete Arbeiter aufzunehmen, noch Facharbeitern angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen zu bieten. Die steigende Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der diesjährigen Winterperiode und der gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung bestimmt die russische Regierung, nicht nur die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte, sondern sogar die Auswanderung ungelerneter russischer Bürger auf eine ganz geringe Zahl geeigneter Einzelpersonen zu beschränken. Versuche deutscher Arbeiter und Ingenieure, sich in Rußland festzusetzen, werden erfahrungsgemäß in den meisten Fällen damit, daß die Leute, wenn sie überhaupt Arbeit finden, nach kurzer Zeit wieder arbeitslos und obdachlos werden und dann, aller Mittel bar, danach trachten, auf irgend eine Weise nach Deutschland zurückzugelangen.

Teilstreit der Londoner Elektrizitätsarbeiter.

In einem großen Elektrizitätswerk der Vorstadt Woking ist — nach einer Teilerkrankung — ein Streit ausgebrochen. Eine Versammlung der Arbeiterdelegierten habe beschlossen, den Generalstreik zu erklären, falls die Verhandlungen zwischen den Streikenden von Woking und ihren Arbeitgebern im Laufe der für Freitag festgesetzten Versammlung nicht an einem günstigen Resultat führen sollte. Die Arbeiter des Woking-Werkes verlangen eine Lohnsteigerung.

Die Staatseisenbahn bei dem Unternehmer Rehl auf sämtlichen Bauern der Firma Berlinische Baugesellschaft sind wegen Tarifvertrags gesperrt. Bauarbeiter, übt Solidarität!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind:
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.
Jungfer, Gruppe Neukölln, Donnerstag abends 8 Uhr Linienstraße 100, Sonntag 11/12 Vormittag 12. Uhr, Berlin. Die geliebten Stromungen des neuen Fronteins.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Walden-Walden-Klub Bezirk Korbau, jeden Donnerstag abends 7 Uhr Versammlung, Korbauerstr. 9 bei Wirt. Gäste willkommen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Weidner; Wirtschaft: Walter Gatzert; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. Johannes Wilmanns; und Sonstiges: Fritz Korbau; Anzeigen: Ed. Glöck. (Sämtlich in Berlin).
Verlag: Verbands-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Verbands-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.
Gleits 1. Blatt.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Säle frei!

Edelster Deutscher Weinbrand
Scharlachberg
Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein
Filialbureau Berlin: Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 28.

FAKINO?

Wer ist Silberpfennig???

Was ist Silberpfennig???

Für die Sozialdemokratie!

In einer überfüllten Wählerversammlung des Bezirks Prenzlauer Berg führte am Dienstag abend Genosse Crispian folgenden aus:

Nachdem auf Drängen der Sozialdemokraten die bürgerlichen Parteien im Reichstag die Erfüllungspolitik bis zu der günstigen Situation des Londoner Abkommens fortgesetzt hatten, wollte man bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen des Abkommens die Sozialdemokratie ausschalten. Deshalb der Widerstand gegen die Aufhebung des Reichstages, deshalb aber auch die Furcht aller Reaktionen vor einem Sieg unserer Partei. Genosse Crispian verbreitete sich ausführlich über das Londoner Abkommen, nachdem er vorher die wichtigsten Klappen der deutschen Außenpolitik den Zuhörern vor Augen geführt hatte. Gegenüber den Anhängern der Deutschnationalen und der Kommunisten stellte der Referent die Frage, ob es nicht besser sei, auf Grund eines Abkommens nach Maßgabe unserer Leistungsfähigkeit Reparationen zu leisten oder ob durch die geforderte Abkehrung eine neue Inflation angenehmer wäre. Für uns Sozialdemokraten war bei der Zustimmung zum Abkommen ausschlaggebend, daß zwar ein langsamer, aber steter Aufstieg der breiten Volksschichten in Zukunft möglich sein wird. Ob sich dieser Aufstieg in dem von uns gewünschten Maße zeigen wird, hängt von der Macht ab, die die Wähler am 7. Dezember den Sozialdemokraten geben werden. Die weiteren Ausführungen des Redners galten dem sinnlosen Treiben der Kommunisten im Reichstag, die durch ihre Kabaupolitik alle unsere sozialpolitischen Anträge zu Fall brachten. — Bei der Reichstagswahl wird nicht nur über die Zusammenfassung des Parlamentes, sondern auch über die künftige Regierung und damit über die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung oder — des Schutzpolles entschieden. Deshalb kann die Entscheidung der Wähler nicht schwer sein: sie müssen sich für die Sozialdemokratie erklären. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In den Diskussionen bedienten sich die Kommunisten neuerdings des Richtigheitsbegriffes, als „Parteilose“ aufzutreten, um dann ihr geheimes Manuskript herunterzulesen. Unsere Genossen in den Besprechungen werden gut tun, sich in Zukunft von vornherein darauf einzustellen.

Unsere Versöhnungspolitik.

Am Dienstag, den 18. November, referierte Genosse Staatssekretär Heinrich Schulz im „Mittwochs-Vortrag“ in Treptow über die bevorstehenden Reichstagswahlen vor über 500 Personen. Genosse Schulz gab einen kurzen Rückblick über den letzten Reichstag, der zwar nur 6 Monate gelebt hat, und doch 6 Monate zu lang war. Waren die Reichswahlen 14 Tage später erfolgt, nachdem die Ergebnisse der französischen Wahlen bekannt waren, wäre ein besserer Reichstag zustande gekommen; der letzte Reichstag ist als ein Opfer der politischen und wirtschaftlichen Inflation anzusehen; möge die Geduld auch endlich in politischer Beziehung kommen. Der Referent brandmarkte das Verhalten der Bürgerlichen, deren Führer das Volk in einschneidenden Momenten stets allein ließen, wie z. B. bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages, beim Kriegsende usw., wie sie in die Reuefächer truden und das Volk seinem Schicksal überließen. Die Sozialdemokraten waren diejenigen, die stets an verantwortlicher Stelle für das Wohl des Volkes eintraten. Nur durch die Erfüllungspolitik ist die Möglichkeit des Wiederaufstiegs des deutschen Volkes und damit die Gesundung der Arbeiterklasse möglich. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und des Dawes-Abkommens waren das kleinere Übel, da es nur zwei Möglichkeiten

gab: Unterzeichnung und damit langsamer Wiederaufstieg und beginnende Versöhnung der Völker, oder Nichtunterzeichnung und dadurch Herabwürdigung Deutschlands zur Ententezone und Schöpfung des Völkerhaßes. Wie die Bürgerlichen regieren können, beweisen ja die rein bürgerlichen Kabinette Feilerbach und Cuno. Die Sozialdemokratie ist stets nur dann in die Regierung eingetreten, wenn es zum Nutzen des Volkes war. Die deutsche Arbeiterschaft, die die Kraft besitzt, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, muß auch in der Regierung einflußreich vertreten sein. Die Kommunisten, die mit Trübsalserfassen Politik machen, schädigen nur die Lage der Arbeiterschaft; eine Partei, die nicht selbst die Kraft aufbringt, um nach eigenem Ermessen zu bestimmen, welche Politik für das Wohl der Mehrzahl des deutschen Volkes die richtige ist, kann die Arbeiterschaft nicht vorwärts bringen; sie machen den Reichstag zum Nummelspiel und schädigen die Demokratie und damit die Republik. Am 7. Dezember wird das deutsche Volk zeigen, ob es reif ist, sich eine Regierung zu geben, die es aufwärts führt und die Versöhnungspolitik weiter fortsetzt, um Deutschlands Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt und damit das Wohl des deutschen Volkes zu erkämpfen. Mit den Worten: „Es lebe die Sozialdemokratie!“ schloß der Redner seine wirkungsvollen Ausführungen. Trotsdem Bürgerliche und Kommunisten in der Versammlung anwesend waren, wagte doch niemand einen Zwischenruf zu machen. Zur Diskussion wurden trotz besonderer Aufforderung keine Wortmeldungen eingereicht. Nachdem der Leiter der Versammlung, Genosse Neumann, noch auf die Auslegung der Wählerlisten und den Gang der Wahlhandlung hinwies, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Krieg dem Kriege.

In der Frauenkundgebung in Wilmersdorf, Hindenburg-Schule, welche sehr stark besucht war, referierte Gen. Pfarrer Bleier über „Religion, Frauen und Sozialismus“. Er wies insbesondere die große Zahl vertretenen bürgerlichen Frauen auf die sozialistische Weltanschauung hin, die eher den Anspruch christlich verdienen als die der früheren Herrschenden, die noch heute den Krieg im Grunde führen. Er hielt den Frauen die Grausamkeit des Krieges vor Augen, dessen Folgen sich heute sichtbar machen in der Verwahrlosung eines Teiles der Jugend, die Verderblichkeit des Alkohols und der Zunahme der Verbrechen, die sie während des Krieges verbrochen haben. Der Redner legte den Frauen dar wie ein neuer Krieg aussehen würde, hier wären nicht nur die Soldaten, sondern auch die Frauen, Kinder und Säuglinge, die ganze Bevölkerung durch die von Bomben ausströmenden Gase bedroht. Seine Rede floss dahin aus, dem Kriege den Krieg zu erklären. Als Gen. Bleier über die Völkerverständigung sprach, stellte er der schwärzenden Gestalt Stresemanns die Gestalt MacDonalds entgegen, der gezeigt habe, wie ein Staatsmann operieren müsse. Zum Schluß folgte er den Frauen, daß er sich darum zum Sozialismus bekennen würde, weil nur im Sozialismus die höchste, sittliche, wahre Anschauung, die zur Beseitigung der Menschheit führe, enthalten sei. Er ermahnte die Frauen, wenn sie einen neuen Krieg verhindern und endlich wahre Freiheit wollen, am 7. Dezember für die Sozialdemokratie zu stimmen. Unter starkem, wiederholtem Beifall beendete Gen. Bleier seine den Frauen stark zu Herzen gehende Rede. Die Feier war umrahmt von künstlerischen Darbietungen. Mit einem Hoch auf die Republik fand die eindrucksvolle Feier ihren Abschluß.

Straße in Pankow. Der Arbeiter Herrmann aus der Florastraße sprang auf einen in Fahrt befindlichen Wagen der Linie 48 E, fiel, kam aber mit Hautabrischen davon. — Durch Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen vor dem Hause Danziger Straße 46 hat kerner der Kraftwagenführer Paul Rujot aus der Poststraße eine Gehirnerkrankung erlitten. Er fand in dem Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Theodor Glöde 65 Jahre.

Genosse Glöde, der Geschäftsführer des „Vorwärts“-Verlages beendet heute sein 65. Lebensjahr. Der Name Theodor Glöde ist aufs engste verknüpft mit der Geschichte der Arbeiterbewegung Berlins. Ein Sohn des Thüringer Landes, in Erfurt geboren, verlor Genosse Glöde frühzeitig seine Eltern. An Stelle seiner Eltern trat die graue alte Nonnontante des Waisenhauses. Nach der Entlassung aus der Volksschule mußte der Proletarierjunge das Tisch-Handwerk erlernen.

Bereits am Anfang der achtziger Jahre finden wir den jungen Tischergesellen in Berlin. Hier im Brennpunkte des politischen Lebens, der wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe, unter dem Druck eines eben so gemeinen wie rochäufstern gehandhabten Ausnahmegerichtes gegen die Arbeiterklasse schloß sich Genosse Glöde seinen Klassen Genossen an, trat mit Mut und Feuer für die Interessen der Enterbten ein. Innerhalb der geheimen Organisation der „Hauptmannschaften“ im 4. Berliner Wahlkreis hatte sich Glöde bald das Vertrauen der Genossen erworben. Sie wählten ihn zu ihrem Delegierten auf dem ersten sozialdemokratischen Parteitag in St. Gallen, da die Partei innerhalb Deutschlands verboten, geschloß und deshalb gezwungen war, im Ausland zu tagen. Es waren damals schwere Zeiten und es gehörte ein hohes Maß Ueberzeugungstreue und Mut dazu, für den Sozialismus und die Partei tätig zu sein. Nach dem Fall der Sozialistenregierung war Genosse Glöde viele Jahre Reichstagskandidat für die Kreise Nordhausen, Verichow I und II. Seit 1900 Stadtverordneter in Berlin, bekleidete Genosse Glöde mit Inkräften der Gemeinde Groß-Berlin auch das Amt als Vorsitzender der Bezirksver-

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 20. November.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Redakteur Fritz Bediöke: „Der Zeitungsreporter bei der Arbeit“. 8.30 Uhr abends: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister: Karl Woitschach. 1. Deutsche Eichen, Marsch. Harry Blatheim. 2. Ouvertüre zu „Lysistrata“, Paul Lincke. 3. Münchner Kindl, Walzer. K. Komzak. 4. Ellengestirter, Intermezzo, Max Rohde. 5. Fantasie aus der Oper „Martha“, F. v. Flotow. 6. Stephanie-Gavotte, A. Ceibulka. 7. Kreuzritterfanfare, Marsch. R. Henrich. 8. Ich kenn' ein Hotelchen im Westen, Shimmy, A. Pickert. 9. Wie ein Hauch, Valse Boston, M. Weintraub. 10. In Reih und Glied, Militärmarsch, C. Woitschach. Anschließend: Dritte Bekanntheitsgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitensage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

ordneten Versammlung Kreuzberg. Nicht weniger wie auf politischem und kommunalem Gebiet hat Genosse Glöde auch in der Gewerkschaftsbewegung hervorragendes geleistet. Er war vom Jahre 1884 ab Vorsitzender des Fachvereins der Tischler, dann lange Jahre Vorsitzender des Ausschusses der Holzarbeiter Berlins. Am 1. Juni 1888 als Expeditionsvorsteher des damals „Berliner Volksblatt“ (heute „Vorwärts“) angeheft, wurde dem Genossen Glöde nach dem Tode des Genossen Heinrich das arbeitsreiche und mit nicht allzuviel Annehmlichkeiten verknüpfte Amt des Geschäftsführers beim „Vorwärts“-Verlag übertragen.

Wir wünschen und hoffen, daß unser Jubilar noch recht viele Jahre in unserem Kreise weilen und bei voller Gesundheit seine wertvolle Arbeitskraft auch weiterhin unserer gemeinsamen Sache und dem „Vorwärts“ widmen möge.

Zu Ehren des verstorbenen Genossen Ludo Hartmann veranstaltet der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund wie bereits mitteilen, heute, Donnerstag, 7. Uhr abends, im ehemaligen Herrenhaus eine Trauerkundgebung, an die sich eine Wahloberammlung anschließt. Beide Veranstaltungen sind frei zugänglich. Wie empfohlen starken Besuch. Der Arbeitergefangenen „Namenlos“, Mitglied des Deutschen Arbeiterbundes, wirkt an der Trauerkundgebung durch zwei Chorvorträge mit.

Eine Polizeistreife im Hochgebirge. Verhaftung zweier Mörder.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist es gelungen, die aus dem Gefängnis in München ausgebrochenen Banditen Köstler und Wiedemann, die wegen Ermordung des Gendarmeriekommandanten Junker aus Niederrang und wegen anderer Straftaten unter Aufgebot starker Polizeikräfte schon seit längerer Zeit gesucht wurden, in einer oberhalb Sonthofens in den Allgäuer Alpen gelegenen Almhütte in 1600 Meter Höhe aufzufinden. Ein Einbruch, der in eine in der Nähe gelegene Skihütte verdrückt worden war, führte eine Polizeistreife auf die Spur der beiden Mörder, die sich in der Almhütte verbarrikadiert hatten und jeden sich Nähernden mit Erschießen bedrohten. Die Banditen verfügten über Jagdgewehre und Revolver mit zahlreicher Munition. Aus Sonthofen herbeigezogene Polizeiverstärkung umstellte die Hütte, doch gelang es erst nach vierstündigem Verhandeln mit deren Inhabern, diese zur Niederlegung der Waffen zu bringen. Unter starker Bedeckung wurden die beiden Mörder gefesselt in das Amtsgerichtsgefängnis Sonthofen eingeliefert.

Aushebung einer Falschgeldwerkstatt. Nach einer Meldung aus Regensburg wurde in Barleben durch Landjägerbeamte und Polizei eine Falschgeldwerkstatt stillgelegt, in welcher 2.5 Billionen eine hergestellt wurden. Der Drucker fehlt und sein Helfershelfer Albrecht sind verhaftet und nach Regensburg übergeführt worden.

Eisenbahnunglück in Redarstadt. Im Bahnhof Redarstadt fuhr, wahrscheinlich infolge Verlogens der Bremse, ein Güterzug über die Drehscheibe auf die Prelimauer auf. Die Lokomotive bohrte sich etwa einen Meter tief ein. Der nachfolgende Wagen wurde zusammengeschoben, der zweite Wagen, ein offener Güterwagen, wurde aus dem Gleise gehoben, der dritte, ein geschlossener Wagen, in die Höhe gestellt. Menschen wurden nicht verletzt. Das gefährdete Zugpersonal konnte sich durch Abpringen retten. Der Sachschaden ist groß.

Die Funkstation am Herzogenstand. Die Bauarbeiten an der neuen Großfunkstation am Herzogenstand, die von der Firma Lorenz, A.-G., Berlin, als größte Station Europas errichtet wird, sind soweit fortgeschritten, daß das Werk im Sommer nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann. Die Station soll Rauen und den Eiffelturm weit an Leistungsfähigkeit übertreffen.

Der Winter in Italien. Der Winter hat auch in Italien seinen Einzug gehalten. Aus Verona werden 3 Grad unter Null gemeldet. Die Apulischen Alpen bei Lucca sind mit Schnee bedeckt. Die Temperatur ist dort bis auf Null Grad gesunken. Viel Schnee liegt auch den Bergen um Perugia.

Ein Zyklon in den Vereinigten Staaten. Wie aus New York gemeldet wird, sind die westlichen Staaten von einem heftigen Zyklon verheult worden. Sechs Tote und 100 Verwundete wurden bisher gemeldet. Die Geschwindigkeit des Windes betrug 112 Kilometer.

Die Eigenart

ein
selbstgebackenen Oetker-Kuchens
ist sein hervorragender Wohlgemach
und seine Billigkeit.

Versuchen Sie

Dr. Oetker's Kakao - Sandtorte

250 g Margarine, ungesalzen oder gewaschen, Pfd. ca. 0.90	M. 0.45
250 g Zucker Pfd. ca. 0.45	„ 0.23
200 g Gustin (225 g M. 0.29)	„ 0.26
4 Eier, Stück ca. 0.19	„ 0.76
1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	„ 0.03
1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's „Backin“	„ 0.03
50 g Kakao	ca. 0.15
	M. 1.91

Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf ein Ei und etwas Puder, der vorher mit dem Backin gemischt wurde. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas Puder, bis die Eier und der Puder verbraucht sind. Zuletzt wird der Kakao unter die Masse gerührt und diese in eine mit Butter ausgestrichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund 1 Stunde gebacken. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld

* Einzeltretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Diebe unter sich.

Aufklärung eines Juweleneinbruches.

Ein großer Juweleneinbruch wurde im Mai d. J. in Sorau verübt. Die Täter erbeuteten für etwa 20 000 Goldmark. Die Art der Tat ließ erkennen, daß man es mit gewerbsmäßigen Berliner Verbrechern zu tun hatte. Die Nachforschungen blieben lange Zeit vergeblich, führten jetzt aber doch zum Erfolg. Als Täter wurden drei ehemalige Zuchthäuser Rudolf Rißfel, Erich Schließ und Franz Bloch ermittelt und festgenommen.

Rißfel wurde bei seiner Entlassung aus dem Zuchthaus zu Brandenburg von einem Mitgefangenen, der noch eine längere Strafe zu verbüßen hat, gebeten, seine Frau zu besuchen und ihr ein paar Kleinigkeiten mitzunehmen. Das tat er denn auch. Aber er begnügte sich nicht mit der Ausführung dieses Auftrages, sondern tat sich der Frau als Stellvertreter ihres Mannes an. Sie ging auch darauf ein, und das Verhältnis gestaltete sich sehr innig. Die Frau zog nach Sorau. Rißfel besuchte sie dort sehr oft und erkannte bei seinen Wanderungen durch die Straßen sehr bald, daß bei einem Juwelier „etwas zu machen“ sei. Er setzte sich mit ehemaligen Mitgefangenen, Schließ und Bloch, in Verbindung, die gern bereit waren, an dem ausschließlichen Unternehmen sich zu beteiligen. Die Beute entäußerte die Verbrecher nicht. Eine Fritingsnotiz über den Einbruch aber machte ihnen zunächst einen Strich durch die Rechnung. Die Verbrecher hatten die wertvolle Beute zwar glücklicherweise nach Berlin gebracht, trauten sich nun aber nicht, sie sofort zu Geld zu machen. Unterdessen machte Rißfel mit seiner Geliebten einige Vergnügungsfahrten, und diese Zeit benutzte seine Helfershelfer, ihn zu „trampeln“. Sie glaubten, daß über den Einbruch Gras gewachsen wäre und entschlossen sich, die Beute wenigstens indirekt zu verwerten. In Volken in Spandau und Schöneberg machten sie so große Reben, daß sie sie nicht bezahlen konnten und gaben Beutestücke von Sorau statt baren Geldes. So wurde in einem Lokal in der Hauptstraße in Schöneberg ein ehemaliger Heiratsovermüder und Schieber, der jetzt andere Vermittlungen und Heiratgeschäfte betreibt, auf sie aufmerksam. Er fand für den größten Teil dessen, was sie noch besaßen, in einem Ingenieur in Friedenau einen Abnehmer, der verhältnismäßig gut bezahlte. Auch Rißfel erhielt einen Teil des Kaufpreises, merkte aber, daß er erheblich zu kurz gekommen war. Der Kerger über die Untreue seiner Spießgesellen war so groß, daß er sich mehrfach über die ganze Angelegenheit zu anderen aussprach. So kamen die „Geschäfte“ auch den Beamten der Dienststelle B. I. 3 zu Ohren. Sie beobachteten die drei und nahmen sie endlich fest. Bei Angehörigen der Verhafteten und dem Ingenieur in Friedenau wurde der größte Teil des gestohlenen Gutes noch gefunden und beschlagnahmt.

Beim Auffpringen auf eine „Elektrische“ verunglückte die 39jährige Buchhalterin Gertrud Harhe aus der Schäferstraße. Sie verfuhr an der Ecke Kreuzberg- und Belle-Alliance-Straße einen Wagen der Linie 45 zu besteigen, stieß aus und geriet unter den Anhänger. Es wurde ihr ein Bein abgefahren. Die Verunglückte wurde in das Hedwig-Krankenhaus gebracht. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in der Berliner



